

Ansprechpartner der Bürger

Neue und alte Koalition streiten über die Reform der Polizei

Weniger Polizisten an Schreibtischen und mehr auf die Straße - dieses Reformziel soll durch die Reduzierung der Zahl der Polizeibehörden erreicht werden. Die GRÜNE-Fraktion bezog sich in ihrem Antrag „Neuordnung der Polizei für mehr Sicherheit umsetzen“ (Drs. 14/24) auf Bestrebungen von SPD, Grünen und FDP, auf der Grundlage eines Kommissionsberichts die Kreispolizeibehörden neu zu organisieren. Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde der Antrag vor der Sommerpause abgelehnt.

Monika Düker (GRÜNE) warb in dieser Sache für eine Koalition der Vernunft für bessere Strukturen in Nordrhein-Westfalen. Die sollte sich gegen „Lobbyinteressen der Landräte“ durchsetzen. Nötig sei, die jetzt 50 Kreispolizeibehörden auf zwölf bis 16 zu reduzieren, das hätten auch alle anderen Bundesländer gemacht. Die Landesregierung forderte sie auf, den Mut zu dieser strukturpolitischen Entscheidung für mehr Sicherheit aufzubringen. „Machen Sie die Innenpolitik Nordrhein-Westfalens nicht zur bundesweiten Lachnummer“, forderte sie den Innenminister des Landes auf.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) verwies darauf, dass die Behördenstrukturen in diesem Bereich ein halbes Jahrhundert alt seien und den Anforderungen der Zeit angepasst werden müssten. Die Regierung wolle zwar die Bezirksregierungen und die Landschaftsverbände abschaffen, „aber dort, wo Sie die Chance haben, sofort und ohne großen Aufwand mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land umzusetzen, herrscht vom ersten Tag des Regierens an Reformstillstand“. Ob es wirklich dabei bleiben solle, dass es in NRW 50 Behörden gebe, die für die innere Sicherheit zuständig seien? Durch eine gute Polizeireform kämen über 2.000 Polizisten zusätzlich in den Streifendienst. Dafür habe sich bis vor kurzem auch die FDP noch eingesetzt.

Theodor Kruse (CDU) stellte fest: „Ihre einzige Intention ist es, die Unterschiede zwischen FDP und CDU verdeutlichen zu wollen.“ Es sei richtig, dass die neuen Koalitionspartner hinsichtlich einer weitergehenden Strukturreform unterschiedliche Auffassungen verträten. Dennoch gebe es ein außerordentlich hohes Maß an Gemeinsamkeiten. Darum beginne mit dem Ergebnis der Landtagswahlen vom 22. Mai ein neues Kapitel der inneren Sicherheit in NRW, betonte Kruse: „Die Neuausrichtung dieser Politik erfordert Zeit, Kraft und Mut. Wir sind dazu bereit.“ Man lade die anderen Parteien ausdrücklich zur Mitarbeit ein.

Horst Engel (FDP) warf Rot-Grün vor, sie hätten vor einem Jahr die Tür für eine frühzeitige Neuorganisation zugeschlagen. Jetzt gehe das nicht mehr. Angesichts von Weltjugendtag und Fußball-Weltmeisterschaft-Standorten in NRW habe man keine Zeit mehr zum „Üben“. Seine Partei sei für die Binnenreform nach dem Grundsatz, „weniger verwalten, mehr fahnden“. Zurück zu den Kernaufgaben Gefahrenabwehr, Prävention,

Hauptunfallursachen und Kriminalitätsbekämpfung. Die alte Koalition habe dagegen das aus der Privatwirtschaft stammende neue Steuerungsmodell ohne Prüfung auf Tauglichkeit für die Polizei nahezu dogmatisch übertragen. Man habe Polizeiwachen geschlossen. Ziel der Reform der neuen Koalition sei, „1.840 Polizeibeamte, die den Steuerzahler richtig viel Geld kosten, dorthin zu bringen, wofür sie ausgebildet wurden, nämlich in den operativen Dienst“.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) betonte, die Neuordnung sei ein zentrales Anliegen der Landesregierung: „Wir wollen eine Stärkung der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen eine effiziente und effektive Polizei.“ Die Polizei solle Ansprechpartner der Bürger in Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sein. Wolf: „Wir wollen weniger Straftaten. Wir wollen die Aufklärungsquote verbessern.“ Dazu werde die Organisation gestrafft und die Polizei auf ihre Kernaufgaben konzentriert und vor allem die Präsenz der Polizei erhöht. Es gebe keinen Königsweg; Aufgabe des Innenministeriums sei, die Vorstellungen der Koalitionspartner und alle weiteren Vorschläge in die Überlegungen zur Optimierung der Polizeiorganisation einzu beziehen. Da nicht mehr Beamte eingestellt werden könnten, „müssen wir auf andere Weise versuchen, Personal für den unmittelbaren Dienst am Bürger zu gewinnen“, betonte der Minister und wunderte sich über die „Krokodilstränen“ der alten Koalition über die nicht zustande gekommene Reform – das stelle der früheren Regierungsarbeit ein „katastrophales Armutszeugnis“ aus. 

Immer ein offenes Ohr für die Bürger: Nicht selten werden die Polizeibeamten vor dem Landtag von Passanten angesprochen und um Rat gefragt.

Foto: Schälte

